

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(87. - öffentliche - Sitzung am 19. August 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Zukunftsfonds Asse“ und zur Änderung von Gesetzen wegen der Umbenennung der Stadt Oldenburg (Oldenburg) in Stadt Oldenburg (Oldb)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11230](#)

Der federführende Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine Vorstellung des Gesetzentwurfs in einer seiner nächsten Sitzungen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wappengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11146](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine Vorstellung des Gesetzentwurfs in einer seiner nächsten Sitzungen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über den Zusammenschluss der Hanseatischen Rechtsanwaltsversorgung Bremen mit dem Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen und zur Änderung des Gesetzes über das Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11154](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und nimmt eine abschließende Beratung spätestens im Oktober-Plenum in Aussicht.

4. **Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10931](#)

Der federführende Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu Ermittlungen zur Fluchtwagenfahlerin von Stade**

Der Vertreter der Fraktion der AfD zieht den Antrag zurück.

6. **Möglichkeiten der Einziehung bei Strafverfahren optimieren - Zentralstelle zur Vermögensabschöpfung in Niedersachsen einrichten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8960](#)

Der federführende Ausschuss setzt die Beratung fort. Er nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, führt darüber eine Aussprache und beschließt, die Beratung zeitnah fortzusetzen.